

Gedenkrede in Pforzheim am 9. November 2009  
anlässlich des 71. Jahrestages des Novemberpogroms  
Dr. Jürgen Zieher, Heidelberg

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hager,  
sehr geehrter Herr Suliman und Herr Rabbiner Bar-Lev von der  
Israelitischen Kultusgemeinde,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,  
liebe Schülerinnen und Schüler,

wir erinnern uns heute an den 71. Jahrestag eines zynisch als „Reichskristallnacht“ bezeichneten Pogroms gegen alle damals in Deutschland lebenden Juden. Die furchtbaren Ereignisse in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 bildeten den vorläufigen Höhepunkt einer sich seit Hitlers Machtübernahme im Jahre 1933 ständig verschärfenden judenfeindlichen Politik der nationalsozialistischen Regierung. Anders als später der Massenmord an den europäischen Juden in Auschwitz und in anderen Vernichtungslagern fand der Novemberpogrom vor den Augen des ganzen Volkes und in größter Schamlosigkeit statt. Eine Gruppe von Bürgern wurde ermordet, gedemütigt und ausgeraubt, ohne dass ein Aufschrei der Empörung durch das Land gegangen wäre.

Die Nationalsozialisten konnten mit ihrem rassistisch motivierten Antisemitismus auf einer jahrhundertlang tradierten christlichen Judenfeindschaft aufbauen und sich der in Teilen der Bevölkerung lange vor 1933 bestehenden Ressentiments bedienen. Schon der erste Nachweis einer Anwesenheit von Juden in Pforzheim im Jahr 1267 steht in Zusammenhang mit dem im Mittelalter oft erhobenen Vorwurf des

Ritualmords. Juden wurden beschuldigt, ein christliches Mädchen getötet zu haben. Während der Pestepidemie von 1348/49 kam es in Pforzheim erneut – ebenso wie in vielen anderen Orten Europas – zu Judenverfolgungen. Die Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Pforzheim wurden beschuldigt, Brunnen vergiftet zu haben und daraufhin ermordet. Ein Jahrhundert später lebten wieder Juden in dieser Stadt, doch sie hatten lediglich den Status als geduldete Schutzbürger und waren stets auf das Wohlwollen des Landesherrn angewiesen. Erst nach 1670 kam es zu einer dauerhaften Ansiedlung von Juden in Pforzheim.

Im Jahr 1812 weihte die jüdische Gemeinde schließlich ihre erste Synagoge in der Metzgerstraße 21, ungefähr auf der Höhe des heutigen Eingangs des Stadttheaters, ein. Infolge der stetig steigenden Mitgliederzahl entschied sich die Gemeinde gegen Ende des 19. Jahrhunderts, in der Zerrennerstraße 26 eine neue Synagoge zu errichten. Die 1893 eingeweihte Synagoge im maurisch-gotischen Stil war für die folgenden 45 Jahre der Mittelpunkt jüdischen Lebens in dieser Stadt. Die jüdische Gemeinde zählte zu diesem Zeitpunkt ca. 450 Mitglieder. An der Einweihungsfeier nahmen sowohl Vertreter staatlicher und städtischer Behörden als auch katholische und evangelische Pfarrer teil. Diese Tatsache beweist das Ansehen, das die Kultusgemeinde und ihre Mitglieder genossen. Seit 1862 waren die badischen Juden gegenüber der nichtjüdischen Bevölkerung formal gleichberechtigt. Höhere Stellen im Staatsdienst blieben ihnen allerdings verwehrt. Außerdem mussten Juden im Alltag weiterhin Benachteiligungen erdulden. Vorbedingung für eine vollständige Integration in die Mehrheitsgesellschaft war im Kaiserreich der Übertritt zum Christentum.

Als im August 1914 der Erste Weltkrieg begann, sahen es jüdische Pforzheimer – wie schon beim Deutsch-Französischen Krieg 1870–71 – als ihre vaterländische Pflicht an, für Deutschland zu kämpfen. Zwölf von

ihnen fielen bis zum Kriegsende 1918 für Kaiser und Vaterland. Trotz der mit dem jahrelangen Kriegsdienst nachhaltig bewiesenen patriotischen Gesinnung erfüllten sich die Hoffnungen deutscher Juden auf eine Gleichberechtigung im Alltag, zumindest aber eine höhere gesellschaftliche Akzeptanz in der Weimarer Republik nicht. Im Gegenteil, Juden mussten sich immer wieder massiver und infamer Vorwürfe aus dem rechtsradikalen Lager, sie hätten sich vor dem Kriegsdienst gedrückt, erwehren. Die Antisemiten schreckten sogar vor Mord nicht zurück. Reichsaußenminister Walter Rathenau, einer der bekanntesten Vertreter des deutschen Judentums, wurde 1922 in Berlin von Rechtsextremisten erschossen.

Im Kontext der fortbestehenden Judenfeindschaft in Deutschland sind auch die antisemitischen Vorfälle in Pforzheim in den zwanziger Jahren zu sehen. Schon 1920 tauchten in der Stadt antijüdische Plakate mit der Aufforderung „Kauft nicht bei Juden“ auf. Im Dezember 1922 wurden erstmals Fensterscheiben der Synagoge eingeworfen. Vier Jahre später beschädigten Unbekannte auf dem jüdischen Friedhof mehrere Grabsteine und beschmierten sie mit Hakenkreuzen. Diese Vorfälle erscheinen aus heutiger Sicht als Vorboten einer furchtbaren Entwicklung ab dem 30. Januar 1933.

Der Beginn der NS-Diktatur markiert für die ca. 800 Juden in Pforzheim ebenso wie für die übrigen ca. 500 000 Mitglieder jüdischer Gemeinden in Deutschland den Beginn einer zwölfjährigen, sich stetig verschärfenden Verfolgungszeit. Die neuen Machthaber organisierten bereits am 1. April 1933 einen reichsweiten Boykott aller jüdischen Geschäfte, SA- und SS-Männer hinderten nichtjüdische Kunden am Betreten der Läden. Im gleichen Monat verloren jüdische Staatsbedienstete – von wenigen Ausnahmen abgesehen – durch das infame „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ ihren Arbeitsplatz. Jüdische

Schülerinnen und Schüler konnten zwar zunächst weiter öffentliche Schulen besuchen, im Laufe der folgenden Jahre waren sie jedoch immer stärker Benachteiligungen ausgesetzt. Im Zuge dieser Entwicklung fand ab 1936 der Unterricht für jüdische Schülerinnen und Schüler Pforzheims in der Synagoge statt. Mit ihren unzähligen antisemitischen Gesetzen, Verordnungen und alltäglichen Diskriminierungen versuchten die NS-Machthaber in den ersten Jahren ihrer Herrschaft, so viele Juden wie möglich zur Auswanderung zu bewegen. Als Beispiel seien hier die berüchtigten sogenannten Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935 genannt, sie machten Juden zu Staatsbürgern zweiter Klasse. Zudem waren Eheschließungen zwischen Nichtjuden und Juden fortan verboten.

Eine neue Phase der staatlich organisierten Judenverfolgung begann durch die Verkündung zahlreicher neuer antisemitischer Gesetze ab dem Frühjahr 1938. Im Kontext des sich erneut verschärfenden nationalsozialistischen Antisemitismus ist auch die Deportation von ungefähr 17.000 Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit an die deutsch-polnische Grenze am 27. und 28. Oktober 1938 zu sehen. Unter den Deportierten befanden sich fünf Pforzheimer Juden, von denen keiner die NS-Herrschaft überlebt hat. Am 7. November 1938 verübte der 17-jährige Herschel Grynszpan – seine Eltern gehörten ebenfalls zu den Deportierten – in Paris ein Attentat auf den deutschen Diplomaten Ernst vom Rath. Vom Rath erlag zwei Tage später, am 9. November 1938, seinen Verletzungen. In München, wo sich die „Alten Kämpfer“ der NSDAP zum jährlichen Gedenken an den gescheiterten Hitler-Putsch im Jahre 1923 trafen, erfuhren Hitler und Goebbels am Abend vom Tod des Diplomaten. Nach einer kurzen Besprechung mit Hitler hielt Goebbels vor den Versammelten eine antisemitische Rede, in der er die Anwesenden zu Maßnahmen gegen die Juden aufforderte. Von München aus verständigten die hohen NSDAP-, SS- und SA-Funktionäre ihre

Untergebenen und veranlassten bzw. inszenierten für den folgenden Tag „spontane“ Maßnahmen gegen jüdische Geschäfte, Synagogen und Verhaftungen jüdischer Männer.

In Pforzheim drangen in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 zum Teil alkoholisierte SA-Männer in Zivil in Wohnungen jüdischer Bürger ein, verprügelten und misshandelten sie. Die Polizei blieb passiv und schritt – trotz verzweifelter Anrufe von Gemeindemitgliedern – während der gesamten Ausschreitungen nicht ein.

Am Morgen des 10. November verschafften sich zivil gekleidete SA- und SS-Männer Zutritt zur Synagoge und zerstörten die Innenausstattung. Mehrere Täter kletterten auf das Dach, um es ebenfalls zu zerstören. Dabei sägten sie den Davidstern auf der Kuppel ab und knickten ihn um. Mit der ursprünglich vorgesehenen vollständigen oder zumindest starken Zerstörung der Synagoge sollte ein späterer Abriss des Gebäudes gerechtfertigt werden. Die Idee, das Gebäude mit Molotowcocktails in Brand zu setzen, verwarfen die Nationalsozialisten aufgrund der massiven Proteste der Zuschauer, die Schäden bei den anliegenden Häusern befürchteten. Daraufhin beschlossen die SA- und SS-Angehörigen das Gebäude zu sprengen und zündeten zwischen 9.30 Uhr und 10.30 Uhr eine Sprengladung. Obwohl der dabei entstandene Schaden keine Einsturzgefahr verursachte, ordnete die NSDAP-Kreisleitung bald darauf den Abriss des Gebäudes wegen angeblicher „Baufälligkeit und der Gefahr für die Nachbarschaft“ an. Die jüdische Gemeinde musste die Kosten für die Abbrucharbeiten selbst bezahlen und das Grundstück im Januar 1939 an einen Fabrikanten zu einem geringen Preis veräußern. Das sich ebenfalls auf dem Grundstück befindende Gemeindehaus konnte von den Mitgliedern weitergenutzt werden. Hier fanden fortan die Gottesdienste statt.

Parallel zu den Vorgängen in der Synagoge verhafteten die Nationalsozialisten in Pforzheim und Königsbach insgesamt 33 Juden im Alter von 28 bis 71 Jahren, von denen sie zehn ältere Männer wieder frei ließen. Die übrigen 23 wurden am nächsten Tag in das KZ Dachau transportiert und dort mehrere Wochen lang inhaftiert. Bei ihrer Rückkehr nach Pforzheim waren sie körperlich und seelisch von den erlittenen Misshandlungen gezeichnet.

Ebenfalls am Morgen des 10. November verwüsteten SA- und SS-Männer unter Mitwirkung von aufgehetzten Angehörigen der Hitlerjugend die Läden jüdischer Besitzer. Ein Lehrer hatte veranlasst, dass Mitglieder der Hitlerjugend schulfrei bekamen, um an den Zerstörungen mitwirken zu können. Teilweise kam es dabei auch zu Plünderungen. Die Inhaber jüdischer Geschäfte erhielten für die Schäden keine Erstattungen von ihren Versicherungen, vielmehr mussten sie die verursachten Schäden auf eigene Kosten beheben. Damit nicht genug. Die NS-Führung ordnete an, dass deutsche Juden eine Kontribution von einer Milliarde Reichsmark an den Staat entrichten mussten.

Am 10. November 1938 wurde außerdem der alte jüdische Friedhof an der Eutinger Straße geschändet sowie der Betsaal der orthodoxen israelitischen Religionsgesellschaft „Adass Jeschurun“ in der Rennfeldstraße geplündert und zerstört. Die Täter ließen bei all den genannten Vorgängen ihrem Hass auf Juden freien Lauf.

Viele Pforzheimer Bürger beobachteten die antisemitischen Vorfälle, nur wenige von ihnen verurteilten die Gewalttaten. Die vereinzelt Proteste richteten sich meist gegen die Zerstörung von Sachwerten und weniger gegen die körperlichen Misshandlungen von Juden. Nur wenige Einwohner zeigten Zivilcourage und halfen den misshandelten und verstörten jüdischen Familien. So bewies zum Beispiel der Pforzheimer Arzt Dr. Bopp großen Mut, indem er sich aufopferungsvoll um einen von

SA-Angehörigen schwer misshandelten Mann kümmerte und dafür sorgte, dass er in einem Krankenhaus behandelt wurde.

Die Ereignisse in Pforzheim und anderswo waren keineswegs – wie die offizielle NS-Darstellung glaubhaft machen wollte– ein spontaner „Volkszorn“, vielmehr war der Pogrom von der Partei inszeniert und von gewaltbereiten Nationalsozialisten ausgeführt worden. Die Täter kamen aus allen Schichten, einige von ihnen gehörten der evangelischen, andere der katholischen Kirche an. Nach dem Ende der NS-Diktatur war fast keiner der Augenzeugen bereit, die Justiz bei der Strafverfolgung zu unterstützen. Das Landgericht Karlsruhe verurteilte 1947 insgesamt elf Täter wegen einfachen oder schweren Landfriedensbruchs zu Strafen zwischen zehn Monaten Gefängnis und zweieinhalb Jahren Zuchthaus.

Der Novemberpogrom löste eine Massenflucht von Juden aus Deutschland aus. Wer in Pforzheim zurückbleiben wollte oder musste, gehörte am 22. Oktober 1940 zu den ca. 6500 Juden aus Baden, der Pfalz und dem Saarland, die in das südfranzösische Internierungslager Gurs deportiert wurden. Auf der sogenannten „Wannseekonferenz“ am 20. Januar 1942 beschlossen hochrangige nationalsozialistische Funktionäre und Vertreter einzelner Ministerien die Organisation des Massenmordes an den europäischen Juden. Wer die unmenschlichen Bedingungen des Lagers Gurs überstanden hatte und nicht hatte emigrieren oder untertauchen können, wurde ab August 1942 nach Auschwitz oder in ein anderes Vernichtungslager verschleppt.

Nach dem 22. Oktober 1940 lebten noch ca. 40 Menschen in Pforzheim, die gemäß der NS-Rassenideologie Juden waren. In den folgenden Jahren, zuletzt im Februar 1945, wurden die meisten von ihnen in das KZ Theresienstadt bei Prag deportiert. Damit fand die fast 700 Jahre lange jüdische Geschichte Pforzheims ein vorläufiges Ende. Nur 55 von 195 nach Gurs und 18 von 28 nach Theresienstadt deportierten

Pforzheimer Juden haben überlebt. Insgesamt wurden mehr als 200 jüdische Pforzheimer Opfer des Holocaust. Die Überlebenden litten mitunter jahrzehntelang unter den psychischen Folgen ihrer Erlebnisse – manche leiden bis heute. Während des Pogroms waren nicht nur Glasscheiben zerbrochen, sondern auch Menschen.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges hatten nur wenige Pforzheimer Juden die Kraft – und auch den Wunsch, in ihre Heimatstadt zurückzukehren. Sie und die neu hierher zugezogenen Juden schlossen sich der Jüdischen Gemeinde Karlsruhe an. Es sollten Jahrzehnte vergehen, bis in den achtziger Jahren schließlich die Israelitische Kultusgemeinde Pforzheim entstand. Infolge der Zuwanderung russischer Juden seit Anfang der neunziger Jahre ist ihre Mitgliederzahl auf inzwischen ca. 430 Personen angestiegen. Jüdisches Leben in Deutschland ist nach wie vor keine Selbstverständlichkeit und bedeutet auch keine Normalität – wie die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen bei jüdischen Gemeindezentren belegen. In Pforzheim sollten nach Kriegsende 58 Jahre vergehen, ehe die Gemeinde wieder einen eigenen Rabbiner hatte, und es vergingen 61 Jahre bis sie ihre neue Synagoge einweihen konnte.

Die NS-Diktatur in Deutschland endete am 8. Mai 1945, der Antisemitismus dagegen nicht – leider auch nicht in dieser Stadt, wie die Bedrohung eines jüdischen Schülers des Kepler-Gymnasiums an Weihnachten 2008 zeigte. Wenn wir uns heute an die Vorgänge vor 71 Jahren in Pforzheim und in anderen Orten erinnern, sollten wir uns nicht nur fragen, wie konnte es damals geschehen, sondern auch, was können wir heute gegen Antisemitismus tun. Denn Antisemitismus bedroht nicht nur die jüdischen Bürger in unserem Land, er gefährdet auch die grundlegenden Werte unserer Demokratie. Daher sind wir alle aufgefordert, uns mit ganzer Kraft für die Achtung und Wahrung der



Menschenrechte einzusetzen. Wir dürfen nicht gleichgültig zusehen, wenn Menschen wegen ihrer Hautfarbe, ihrer Religion, ihrer politischen oder sexuellen Orientierung beschimpft oder attackiert werden. Lehrerinnen und Lehrer dürfen nicht aufhören, ihren Schülerinnen und Schülern Geschichtsbewusstsein und eine ethische Erziehung zu vermitteln. Wir dürfen nicht zulassen, dass Kinder und Jugendliche für antisemitische Hetze im Internet anfällig werden oder sich die leider immer noch in Teilen der Bevölkerung vorhandenen antisemitischen Vorurteile zu eigen machen. Nur wenn Zivilgesellschaft und Staat gemeinsam handeln und einen langen Atem im Kampf gegen Antisemitismus beweisen, kann es uns gelingen, eine von Toleranz, Respekt und Zivilcourage geprägte Gesellschaft zu gestalten. Setzen wir uns also ein, jeder an seinem Ort und im Rahmen seiner individuellen Möglichkeiten.

Ich möchte schließen mit einem Zitat aus einem 1960 verfassten Brief von Paul Strimpel, einem ehemaligen jüdischen Bürger Pforzheims, an eine damals 15-jährige Schülerin dieser Stadt: *„Ich gebe Ihnen diesen bitteren Bericht und Ihren Klassenkameradinnen in der Hoffnung, dass Sie, wenn Sie etwas älter sein werden, alles dransetzen, dass solche Unmenschlichkeiten, wie sie von der Generation Ihrer Eltern begangen worden sind, nicht mehr vorkommen werden, dass ihr Gewissen rege und empfindsam bleibt im Gedenken an das tragische Schicksal der deutschen Juden, und dass es Ihnen klar werden möge, dass keine Regierung schlechter sein kann als das Kollektivgewissen der Regierten.“* (zitiert nach: Brändle, Gerhard: Jüdische Gotteshäuser in Pforzheim, Pforzheim 1990, S. 81.)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.